

István Sarlós, Vorsitzender des Exekutivkomitees des Rates der Hauptstadt Budapest;

Endre Bakonyi-Sebestyén, Stellvertreter des Vorsitzenden des Landesplanamtes;

Károly Erdélyi, Stellvertreter des Außenministers der UVR;

József Kárpáti, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Botschafter der UVR in der DDR.

In den Verhandlungen, die in einer herzlichen Atmosphäre und im Geiste brüderlicher Freundschaft geführt wurden, informierten beide Seiten einander über die Situation in ihren Ländern, über die Tätigkeit ihrer Parteien und Regierungen, erörterten die wichtigsten Probleme der internationalen Lage und der internationalen Arbeiterbewegung und führten einen fruchtbaren Gedankenaustausch über die weitere Vertiefung der brüderlichen Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Ungarischen Volksrepublik. Beide Seiten stimmten in allen erörterten Fragen völlig überein.

I

Die Deutsche Demokratische Republik und die Ungarische Volksrepublik verfolgen in ihrer Außenpolitik das Leninsche Prinzip der friedlichen Koexistenz. Das ist heute die einzige Politik, die den Interessen des Friedens und der Menschheit entspricht, das weitere Vordringen der Kräfte des Sozialismus und den nationalen Unabhängigkeitskampf der **unterdrückten Völker sowie den allgemeinen antiimperialistischen Kampf** der Völker erleichtert. Gerade deshalb betrachten beide Staaten den Kampf für die Erhaltung und Sicherung des Friedens durch Abrüstung, für die Verhinderung eines nuklearen Krieges und für die Verwirklichung der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung als ihre außenpolitische Hauptaufgabe.

Beide Seiten sind der Überzeugung, daß die ständig wachsende Kraft der sozialistischen Staaten, der Kampf der Arbeiterklasse und der Friedenskräfte in den imperialistischen Ländern und die zunehmende Rolle der jungen Nationalstaaten in der internationalen Politik die Möglichkeit schaffen, den Ausbruch eines atomaren Krieges zu verhindern und die friedliche Koexistenz zu festigen. Die Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses bestätigt die Richtigkeit der von den kommuni-